



EVANGELISCHE LANDESKIRCHE
IN WÜRTTEMBERG
Amt für Information

Augustenstraße 124
70197 Stuttgart
Telefon (07 11) 2 22 76-58
Fax (07 11) 2 22 76-81

Pressemitteilung

Stuttgart, am 3. April 2002

Mit einer Sprache sprechen

Landesbischof fordert bessere Integration von Ausländern

Stuttgart. Frieden und Integration, um diese beiden Kriterien müsse es bei der gesetzlichen Regelung der Zuwanderung in Deutschland gehen. Dies betonte Landesbischof Gerhard Maier am Mittwoch, 3. April, vor Journalisten. Er knüpfte damit an seine Aussagen vor der Entscheidung über das Zuwanderungsgesetz am 22. März im Bundesrat an. Der Bischof ging auch auf die angespannte Situation im Nahen Osten ein.

In der Diskussion um das Gesetz spielten sehr verschiedenartige Interessen eine Rolle, so Maier. Auch wenn die Wirtschaft in dieser Frage Druck mache, die Position der Kirche müsse eine andere sein. Der Landesbischof fordert die Christen im Land auf, sich in die Diskussion einzubringen. Ein Gesetz sollte klar zwischen Asyl und Zuwanderung unterscheiden. Beim Thema Asyl müsse man Barmherzigkeit walten lassen, „es geht darum, dass man hilft und hier keine Barrieren aufstellt“, so Maier. Bei der Zuwanderung hingegen gehe es um die Festlegung von Quoten und Zulassungskriterien im Interesse der deutschen Gesellschaft.

Die Integration von Asylsuchenden und Zuwanderern versteht Gerhard Maier als wichtigste Voraussetzung für ein friedliches Miteinander. Bisher sei darauf zu wenig Wert gelegt worden, kritisierte der Geistliche. Das Wichtigste sei die sprachliche Integration. „Man kann nicht eine Gemeinschaft bilden, wenn man nicht eine Sprache spricht“, sagte der Bischof. Was nicht heiße, dass die Nationalsprachen aufgegeben werden sollten. Die gesetzlichen Regelungen der Zuwanderung müssten klar und einsehbar und sie müssten human sein, darauf dränge sowohl die evangelische wie auch die katholische Kirche. Dafür müsse auch die Zahl derer, die zuwandern, klar bestimmt werden. Dies sei in jedem Einwanderungsland üblich. Er habe dies als Mitglied der Landessynode schon 1994 gefordert, als damals unter seinem Vorsitz im Ausschuss Kirche, Gesellschaft, Öffentlichkeit die Politik aufgefordert wurde, die Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland gesetzlich zu regeln.

Die anhaltenden blutigen Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und Israelis machen den Landesbischof ebenso betroffen wie ratlos. Ein Ende des Konfliktes sei nicht abzusehen, in

einer solchen Situation könne man nur noch beten und hoffen, dass Gottes Geist Juden und Palästinenser zum Frieden wende. Die Christen in der Region rieben sich auf in diesem Konflikt, beklagte Maier, einige hätten die Region bereits verlassen. Die jüdische Religion sei mit der Verheißung des Landes verbunden. Diese Texte seien auch Teil der christlichen Religion, erinnerte Maier.

Astrid Günther